

„Wir haben keine Krise!“

Das war die Aussage von Frau Aulkemeyer in der Mitarbeiterversammlung am 09.07.2019, zu der das Präsidium der MHH eingeladen hatte, um den Maßnahmenkatalog für die geplanten Einsparungen vorzustellen.

Prof. Manns sagte gleich zu Anfang, dass die angestrebte schwarze Null für die Rechtsformänderung immens wichtig ist und ohne das Erreichen wäre diese Änderung aussichtslos.

Meine Frage an dieser Stelle ist, was haben die Beschäftigten von der Rechtsformänderung? Leider habe ich bis heute darauf keine gute Antwort bekommen. Das eventuell, vielleicht, unter Umständen über einen anderen Tarifvertrag gesprochen werden könnte, reicht mir nicht aus!

Wir sprechen seit Jahren über einen Rechtsformwechsel und wir sprechen auch seit Jahren über zu hohe Defizite in einem Krankenhaus der Supramaximalversorgung, das gar nicht wirtschaftlich arbeiten kann! Die geplanten Maßnahmen des Präsidiums sind so alt wie die Welt – Personalabbau! Wenn man dem Präsidium glauben soll, ist es ja gar kein Personalabbau, sondern nur kein weiterer Aufbau. Trotzdem sind die Nichtbesetzung freierwerdender Stellen, dreimonatige Wiederbesetzungssperre und Probezeitkündigungen auf dieser Liste. Wo findet sich hier unser Leitbild?

Ich hätte erwartet, dass das Präsidium sich in diesen Tagen einmal vor seine Beschäftigten stellt! Die Beschäftigten, die seit Jahren immer mehr Fälle bearbeiten in immer kürzerer Zeit und viele zusätzlichen Aufgaben Datenschutzgrundverordnung, web-relaunch, ...) dazu bekommen,

in zum Teil maroden Gebäuden unter teilweise arbeitsschutztechnisch unzureichenden Verhältnissen. Aber die Antwort, die aus dem Präsidium kommt, lautet: Nur solche Fälle zu bearbeiten, die auch bezahlt werden, Patienten abweisen, die nicht in die Supramaximalversorgung passen. Soll die Notärztin das den Patienten sagen? Soll die Notaufnahme Patienten aussuchen? Wer soll diesen dann sagen „Du bist raus“? Wo ist unser Grundsatz (Libertas/Unitas/Caritas)?

Alle Einwände aus der Zuhörerschaft wurden am Dienstag abgewiegelt. Einwände zum Imageverlust kleingeredet, Hinweise auf die Außenwirkung negiert. Erschrocken war ich aber darüber, dass die Anwesenden im Saal nicht Sturm gelaufen sind auf das Präsidium. Dass die Rufe nicht lauter waren, das Empören nicht größer! War es eine Schockstarre? Kommt der Widerstand noch?

-Gedanken einer Kollegin nach der Versammlung-



„Ein Blinddarm bringt kein Geld!“

Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen

- Gedanken einer Klinikerin-

- Zwischen ärztlichem Ethos und Wirtschaftlichkeit -

Wenn der medizinische Dienst der Krankenkassen „falsche Rechnungen“ (Fußnote 1) kürzt, dann müssen (zumindest im derzeitigen System) Gesundheitsunternehmen wie die Medizinische Hochschule Hannover (MHH) darauf reagieren. Denn wenn der Geldgeber bereits erbrachte Leistungen im Nachhinein nicht bezahlt, wird es eng. Wie also sollte eine logische marktwirtschaftlich-orientierte Reaktion sein? Die Leistungen, die kein Geld bringen, werden auch nicht mehr angeboten. Kein Unternehmen verkauft Produkte, mit denen es kein Geld verdienen kann oder dafür noch Geld abgezogen bekommt.

In den nächsten Wochen wird sich zeigen, welche Leistungen ein Unternehmen wie die MHH nicht mehr erbringen wird oder erbringen kann. Die sich hieraus ergebenden direkten Folgen für den klinischen Alltag sind derzeit noch unklar. Wenn man sich jedoch vorstellt, dass Betten für „richtige Diagnosen“ freigehalten werden, dann ergeben sich vielfältige Probleme, die am Ende nicht den klinisch-tätigen Kollegen*innen aufgebürdet werden dürfen!!

Es sollten mehr Patienten mit den „passenden Erkrankungen“ aufgenommen werden, das heißt, dass Krankenhausbetten im Voraus für diese freigehalten werden.

Dadurch vermindert sich einmal mehr die gesamte Bettenkapazität der Klinik, welche durch den Mangel an Pflegekräften ja ohnehin schon reduziert ist.

Und damit werden ungeplante (Notfall-) Aufnahmen ebenfalls reduziert. Doch die Anzahl an Patienten wird nicht weniger werden!

Wohin nun mit diesen Patienten?

Verlegen in ein anderes Krankenhaus? Gar nicht erst annehmen? Wegschicken? Daraus ergeben sich für das medizinische Personal gleich mehrere Fragestellungen:

1. Wer teilt diese Entwicklung den Patienten bzw. der Gesellschaft mit? Die Kollegen*innen an vorderster Front sind schon mehr als ausgelastet; diesen Konflikt auch noch an sie zu übertragen ist damit ausgeschlossen!!

2. Wer kümmert sich um die Verlegung/ Übernahme der Patienten? Wenn ein Arzt*in pro Patient jetzt schon 30-45 Minuten „herumtelefonieren“ muss, um Betten zu finden, wie soll es dann zukünftig unter diesen verschärften Bedingungen noch zuverlässig und geordnet weitergehen? Eine zusätzliche administrative Belastung der Kolleg*innen ist nicht mehr tragbar!!

3. Wer trägt das Risiko? Patienten frühzeitig zu entlassen oder zu verlegen bedeutet auch, diese aus der ärztlichen Obhut zu entlassen - doch wer hat es zu verantworten, wenn genau diese Patienten dabei instabil werden oder sogar versterben? Weder Assistenz-, Fach- noch Oberärzte*innen können diese zusätzlich Verantwortung übernehmen, insbesondere deshalb nicht, da allein wirtschaftliche Zwänge als Verursacher dieses Missstandes zu nennen sind.

Am Ende müssen sich das Krankenhaus, das Ministerium, das Land und die gesamte Gesellschaft die Frage stellen, ob eine vorwiegend wirtschaftliche Betrachtung der menschlichen Gesundheit die richtige Behandlung für uns ist.

Diese politische Botschaft muss durch die Geschäftsführung, sprich das Präsidium erfolgen.



(1) HAZ Artikel 11.07.2019 Leiter des Ersatzkassenverbandes Niedersachsen, Jörg Niemann

Prozessoptimierung vor Personalabbau

Wenn der OP stillsteht

Nachdem unser Präsidium uns die neusten Sparpläne präsentiert hat, musste man sich nicht wundern, dass man wieder an die Personalkosten geht!

Die Prozessoptimierung ist ein sehr wichtiger Aspekt, der nicht erklärt bzw. erwähnt wurde. So sehen wir es als Ver.di natürlich immer mit Argwohn, wenn Gelder verschwendet werden und Personal durch Sparmaßnahmen leidet. Beispiele gibt es genug. Ein Beispiel ist der OP; hier wird viel Geld generiert und er ist wichtig für die gesamte Krankenversorgung. Wenn dann aber OP-Säle stillstehen, weil es zu Antrittsvorlesungen kommt oder die Chirurgen zu Kongressen fahren, kann das nicht in Ordnung sein. Allein ein OP-Saal kostet im Mittel rund 15,- Euro pro Minute inklusive Anästhesieteam und OP-Pflegekräften. Wenn also drei OP-Säle drei Tage wegen Nichtnutzung stillstehen reden wir von rund 65.000,- Euro, eine Menge Geld, die am Ende des Monats fehlen.

Wenn dann aufgefordert wird zu sparen fragt man sich, warum man das Ideencafé' abgeschafft hat. Die Kollegen_innen an der Basis vor Ort wissen am besten, wo man sparen und optimieren kann.

Also, Optimieren vor Personalabbau!!!

Kommentar

Jetzt ist finanziell die Talfahrt wieder im Gang und es werden wieder alle Optionen gezogen. Im Mittelpunkt steht natürlich wie immer die Senkung der Personalkosten.

Es ist doch ein Schlag ins Gesicht, wenn Du als jahrelang Beschäftigte mit Zeitverträgen, nun raus bist. Dein Vertrag wird nicht aus fachlichen, sondern aus rein finanziellen Gründen nicht verlängert. Wer dann später Deine qualifizierte Arbeit leisten soll, ist nicht geklärt.

Erneut müssen wir feststellen, dass unser Präsidium den einfachsten und kürzesten Weg geht und nicht neue Strategien überlegt. Das ist auf jeden Fall der falsche Ansatz. Die Aussage, dass nur noch die Schwerstkranken hier behandelt werden sollen. ist zwar kaufmännisch logisch, aber was macht es mit dem Personal in der Krankenversorgung, wenn man zwischendurch nicht auch mal „normale“ Kranke versorgt?

Die Beschäftigten, die täglich hier an der MHH mit viel Engagement und Herzblut ihr Bestes geben, werden aber nicht gefragt, wo können wir sparen und was könnte besser laufen. Manchmal sind es halt die kleinen Dinge, die eine Menge Geld sparen.

Die Krankenkassen können Mitschuld an der Misere haben, aber trotzdem erwarten wir Beschäftigten von unserem Präsidium Rückendeckung und nicht die geplante Senkung der Personalkosten.

Emma H.



Mehr Cartoons unter:
www.medi-learn.de/cartoons www.facebook.de/medilearn

Das Präsidium hat die Verteilung der Distel über den MHH-Mailversand verboten. Unser Gewerkschaftssekretär hat mit dem Präsidium Kontakt aufgenommen. Auch ein Brief des Gewerkschaftssekretärs an den Präsidenten hat noch nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Ver.di wird die Vorgehensweise rechtlich prüfen lassen. Wir wollen Euch weiter informieren. Aufgrund der Entscheidung des Präsidiums geht es bis auf Weiteres leider nur in Papierform. Wir setzen auf ein Einlenken des Präsidiums.

Senat kann das Präsidium nicht ausbremsen

Der Senat hatte sich für seine Sondersitzung am 17.7.19 ein hehres Ziel gesetzt: Er wollte mit dem Präsidium ein Einvernehmen zu dessen Maßnahmenplan zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation herstellen. Dieses konnte nicht zustande kommen, da das Präsidium nicht bereit war, seinen Beschluss zurückzunehmen oder auch nur auszusetzen.

Im Ergebnis gab es nach über fünfstündiger Diskussion aber immerhin eine Positionierung des Senats zu diesen Plänen.

Erschwert wurde die gesamte Debatte durch die nachvollziehbaren Zweifel, die von unterschiedlichen Seiten am vorgelegten Zahlenwerk geäußert wurden. Auch die Orientierung an der Personalbesetzung von 2017 wurde vielfach kritisiert, weil sie viele seitdem eingetretene Veränderungen nicht berücksichtigt.

Wichtig ist dem Senat, dass zukünftig verstärkt Aktivitäten bezüglich der schwierigen Rahmenbedingungen für Unikliniken (Finanzierung, MDK-Prüfungen...) entwickelt werden; hierzu gab es im Maßnahmenplan keine Hinweise.

Großen Raum nahm die Frage ein, inwieweit der Bereich Forschung und Lehre (F&L) von diesen Maßnahmen betroffen sein kann, liegen doch die Hauptursachen (verminderte stationäre Leistungen trotz Personalaufbau und steigende Rückforderungen der Kassen) offensichtlich im Bereich Krankenversorgung. Viele Senatsmitglieder sprachen sich deshalb dafür aus, dass F&L bei den Maßnahmen außen vor bleibt.

Einhellig hat der Senat – wie vorher bereits der Personalrat in seiner Stellungnahme – die Kündigung von Beschäftigten in der Probezeit aus wirtschaftlichen Gründen abgelehnt. Der hierdurch entstehende Imageschaden der MHH sei unverantwortlich. Das Präsidium hält an dieser Möglichkeit fest.

Die Aussetzung der abteilungsbezogenen Personal-konzepte - „bis auf weiteres“ – wurde kritisch gesehen; die geplante zentrale Steuerung durch einen Soll-Stellenplan wirft viele Fragen auf. Diese gab es auch bezüglich der Regelung, dass die drei Präsidiumsmitglieder - „bis auf weiteres“ - alle wichtigen Personalentscheidungen (Nachbesetzungen, Verlängerungen, Entfristungen, Verzicht auf Wiederbesetzungssperre) persönlich treffen werden. Unabhängig von der drohenden Arbeitsmenge und damit einhergehender Zeitverzögerungen darf man insbesondere auf die dann herrschende Transparenz gespannt sein.

Die Gefühlslage nach dieser Senats-Sondersitzung: Der MHH-Tanker fährt durch dichten Nebel. Wir wissen nicht, was unter uns liegt. Wir wissen nicht, was vor uns liegt. Aber wir sollen der Kommandobrücke blind vertrauen. Hier sind berechtigte Zweifel angebracht!

„Die MTV-Gruppe des Senats distanziert sich von der Intranetmeldung vom 19.07.2019. Diese spiegelt nicht ansatzweise den Verlauf und die Ergebnisse der Senats-sondersitzung wieder.“



ver.di

**VERTRAUENSLEUTE
AKTIVE IM BETRIEB**



KOMPETENT . KRITISCH . KREATIV